

Anlage zur Drucksache 2017/100

in Posteingangbuch
not? Kan

Bernadette Gottschalk Engerode 90 30880 Laatzen

E-Mail: BernadetteGottschalk@gmx.de

Per Fax: 0511-8205-1096

Per E-Mail Buergermeister@laatzen.de

Stadt Laatzen
Marktplatz 13
30880 Laatzen

Sonntag, 19. Februar 2017

Petition - § 34 NkomVG**Das politische Schweigen
zu antisemitisch konnotierten Handlungen
in Laatzen 2012 - 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Köhne,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Laatzen,

Ihre Entscheidung vom 26.01.2017 zur Petition meines Ehemannes und meiner Person vom 01.01.2017 läßt eine inhaltliche Stellungnahme von Ihnen nicht erkennen.

Deshalb beantrage ich

- dass die Stadt Laatzen, der Rat der Stadt Laatzen, der einstimmigen Entscheidung des Deutsche Bundestages vom 26.02.2015 Drs.18/3929, Nr. 19, Empfehlung und deren Begründung zustimmt und ihr durch öffentliche Erklärung beitrifft,
- dass die Stadt Laatzen, der Rat der Stadt Laatzen, der einstimmigen Entscheidung des Niedersächsischen Landtages vom 02.02.2017, Drs.17/7290, Nr. 00867/11717 und Nr. 01685/11717 zustimmt und ihr durch öffentliche Erklärung beitrifft.

Dem Deutschen Bundestag hat eine ca. 130' seitige Petition einer britischen Überlebenden der Shoah zu den im Zeitraum März 2012 bis März 2014 erfolgten antisemitisch konnotierten Handlungen in Laatzen vorgelegen.

Der Deutsche Bundestag hat wegen dieser Ereignisse hierzu u.a. ausgeführt:

“... the Committee underlines that the unacceptability of anti-Semitism in our free, democratic society completely beyond the question. Anti-Semitism is a problem which concerns us all. Policy-makers have a duty to promote resolute action against all forms of anti-Semitism. Local authorities, the Länder and the Federation all have a responsibility in this context.”

Wegen der im Zeitraum März 2012 bis Januar 2015 erfolgten antisemitischen Handlungen in Laatzen hat der Niedersächsische Landtag wegen dieser Ereignisse eine Entscheidung getroffen, die der des Deutschen Bundestages entspricht.

Für unsere Familie sind nicht nur die Stellungnahmen des Deutschen Bundestages, des Niedersächsischen Landtages und diejenigen von Bundes- und Landespolitikern von hoher Bedeutung, sondern insbesondere die von kommunalen Politikern, denn wir leben in einer Kommune, in Laatzen.

Mit freundlichen Grüßen,



Gottschalk